

# Krakauer Zeitung.

Nr. 157. 158

Samstag, den 12. Juli

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3/4 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Beförderungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

## Eintladung zur Pränumeration auf die „Kraukauer Zeitung“

Mit dem 1. Juli 1862 begann ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

### Die Administration.

### Amtlicher Theil.

Nr. 239/pr. Zu Gunsten der Abbrändler in Tarnobrzeg sind nachstehende Beiträge mit Ende Juni l. J. eingelassen:

	fl.	kr.
Von Er. Excellenz dem Herrn Statthalter von Galizien Grafen Mensdorff-Pouilly aus Eigenem	50	—
der Hauptschul-Direction in Rzeszów mittelst einer unter dem Lehrpersonale und den Schülern veranstalteten Sammlung	9	54
der k. k. Gymnasial-Direction in Rzeszów mittelst einer unter dem Lehrpersonale und den Schülern veranstalteten Sammlung	22	87
dem k. k. Catastral-Reclamations-Inspectorat in Rzeszów	10	—
dem Personale der k. k. Kreisbehörde in Rzeszów	13	50
dem k. k. Bezirksamte in Rozwadów	153	60
Vom Herrn Johann Grafen Tarnowski	300	—
Herrn Pfarrer Sobczyński	50	—
Herrn Pfarrer Sobczyński mittelst Sammlung	16	8
Herrn Dechant Nowicki	10	—
Von Frau Walowska	10	—
Frau Cetnarska mittelst Sammlung der Herren Beamten und Insassen des Bezirkes Kolbuszów	26	30
dem Tarnobrzeger Bezirke als Ueberschuß aus der Pferde-Remonstration	765	92
Vom Herrn Grafen Schaffgotsche	60	—
Herrn k. k. Rittermeister Baron von Beuss	40	—
Herrn Kozubowski	27	—
Herrn Gröger	20	—
Zusammen	1662	1

fl. Herr. Währ. Korn, Getreide

In Naturalien haben beigetragen:	
Herr Vincenz Cetnarski in Kalimów	10
Wojnarowski in Zasykowice	12
Schindler in Mokrzyszów	20
Johann Graf Tarnowski	60
Johann Zaklika (Vater)	12
Wost's Häuser	10
Konopka von Zaleszczany	7 1/4
und 2 Koröz Erdäpfel.	
Dolanski von Maydan	16
und 18 Koröz Erdäpfel.	
Pfarrer Kolankiewicz	2
und 3 Koröz Erdäpfel.	
Pfarrer Leszczyński	8
Victor von Gorczyk	8
Dolanski von Grębów	10
Gemeinde Rzadzka	3 1/4
und 69 Neufreuzer baar.	
Herr Bilski	7
Baron Horoch von Wrzawy	15
Hordynski	10
Baron Horoch von Chwalowice	4
4 Zentner 19 Pfund Mehl.	
Skrochowski	5
Summa	215

Koröz, 16 Sarnet Getreide, 23 Koröz Erdäpfel und 419 Pfund Mehl. Nebstbei hat die Herrschaft Mokrzyszów die unentgeltliche Vermahlung des Getreides übernommen. Diese milden Spenden werden hiemit mit dem Ausdruck gebührender Dankes und mit dem Beifügen zur

Kenntniß gebracht, daß dieselben bereits ihrer Bestimmung zugeführt worden sind. Vom k. k. Statthaltereis-Commissions-Präsidium. Krakau, am 8. Juli 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 30. Juni d. J. dem Oberfinanzrath der österreichischen Finanz-Landes-Direction Christian Jordan, aus Anlaß der von demselben angeführten Verlegung in den wohlverdienten Ruhestand, in Anerkennung seiner treuen und erprobten Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse tarxel allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben den Bezirks-Direktor für Wien und Umgebung Oberfinanzrath Franz Plachetta auf den erledigten Posten eines Ober-Finanzrathes im Oremium der österreichischen Finanz-Landes-Direction allergnädigst zu berufen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung ddo. Laxenburg 4. Juli d. J. den Domherrn Joseph Holzinger zum Domscholaster des Metropolitanstiftes zu St. Stephan in Wien allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 14. Juli d. J. den Beisitzern der königlichen Gerichtsstelle in Pest Johann Kossalko zum Causarum Regalium-Direktor allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des fürbischbischischen Statthalter Ordinariates den supplirenden Religionslehrer am Grazer Gymnasium Dr. Johann Worm zum wirklichen Religionslehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

### Nichtamtlicher Theil. Krakau, 12. Juli.

Die diplomatische Anerkennung Italiens durch Rußland ist, wie ein Pariser Corr. der „R. Z.“ bestätigt, ohne Bedingung und ohne Vorbehalt erfolgt. Wie demselben Blatt aus Turin geschrieben wird, hat das Petersburger Cabinet nur die Auflösung der polnischen Militärsache gewünscht. Dieses 50 Eilen zählende Institut wurde bekanntlich ursprünglich unter Mieroslawski in Genua organisiert. Vor drei Monaten fanden Insubordinationen statt, welche die Verlegung desselben nach Genua zur Folge hatten, wofür ihr Commandant, General Wysocki, ebenfalls in der Aufrechterhaltung der Disciplin nicht glücklich war. Diese Unordnungen mußten natürlich die Regierung um so eher bestimmen, dem russischen Wünsche Genüge zu leisten. Jedoch hat man alle billigen Rücksichten genommen: diejenigen der jungen Leute, welche ihre militärische Erziehung fortsetzen wollen, werden unentgeltlich zu den Staats-Anstalten zugelassen, bis sie als Offiziere in die italienische Armee eintreten können. Diejenigen aber, welche in keine Schule eintreten wollen, werden mit einer Regierung = Unterstützung nach verschiedenen Städten der Halbinsel geschickt; wofür sie die Bedingung eines beschränkten Wohnsitzes nicht annehmen, so verzichten sie damit auf die Unterstützung. Rußland, heißt es in jenem Turiner Schreiben, hat ferner die Hoffnung ausgedrückt, die italienische Regierung werde Franz II., falls er sich dazu verstände, Italien zu verlassen, seine persönlichen Güter restituiren. Ein bestimmtes Engagement ist indeß in dieser Beziehung weder gefordert noch angenommen worden. Die officielle Erklärung Rußlands hinsichtlich des beabsichtigten Schrittes ist ebenfalls durch Frankreich nach Turin vermittelt worden. Zunächst wird nun ein außerordentlicher Botschafter in Petersburg den neuen Titul Victor Emanuel's offiziell notificiren, und hierauf erst wird von russischer Seite ein außerordentlicher Bevollmächtigter die Anerkennungs-Acte überbringen. Es ist nicht unmöglich, daß Ricassoli diese Mission nach Petersburg übernimmt; anderen Falls nennt man jetzt den General Della Rocca. Rußland wird wahrscheinlich Hr. v. Budberg mit dieser außerordentlichen Sendung vertrauen. Nach der von Carl Russell in der Oberhausung vom 8. d. abgegebenen Erklärung, hat die russische Regierung sich zur Anerkennung bereit erklärt, sobald die italienische Regierung die Versicherung gebe, daß sie keinerlei Absichten gegen ihre Nachbarn hege und keinen Angriff auf Deutschland, einschließlich Oesterreich, unternehmen wolle. Eine Turiner Correspondenz der „Independance belge“ sagt: Das betreffende officielle russische Actenstück enthält keinerlei Vorbehalt bezüglich der weltlichen Herrschaft des Papstes; dagegen schließt die Fassung der Anerkennungsurkunde die Ansprüche Italiens auf Rom als seine zukünftige Hauptstadt und auf Venedig als eine ihm zugehörige Provinz aus. Es wird lediglich der gegenwärtige Bestand der Dinge anerkannt, das Königreich Italien wie es ist, nicht wie es nach dem Verlangen der Italiener werden soll. Rußland ist ganz in ähnlicher Weise verfahren wie Frank-

reich und zwar, wie es heißt, aus Rücksicht auf Preußen, um dieses leichter nachzuziehen. (S. N. R.)

Nach einem Turiner Schreiben des „Botschafter“ wäre die Erhaltung des status quo die Bedingung der russischen Anerkennung. Möglich, daß diese Bedingung gestellt, aber kaum glaublich, daß sie auch aufrichtigen Sinnes angenommen worden. Der „Botschafter“ will sogar wissen, Katazzi habe in Folge einer in Turin eingetroffenen Collectivnote seine Kollegen dazu bewegen, die Annahme der von Rußland oder besser gesagt von Frankreich und England gestellten Bedingung der Anerkennung Seitens der nordischen Großmächte — denn Preußen wird nur Anstands halber nicht gleichzeitig mit Rußland sich erklären — zur Cabinetfrage zu machen. Das ward am 8. beschloffen und noch am Abend erklärte Katazzi dem Könige, er überlasse ihm die Wahl zwischen der Annahme der Demission der Minister und der Zustimmung in die ihm vorgeschlagene neue Politik. Der König lobte, schrieb, aber — die Dame R. rieth zum Nachgeben und so ratifizierte Victor Emanuel. Noch in der Nacht gingen die betreffenden telegraphischen Erklärungen nach Paris, London und St. Petersburg ab. Am 10. traf bereits ein Telegramm des Fürsten Labanoff, der als Träger der russischen Anerkennungs-acte den Ausgang der letzten Verhandlungen auf der Reise nach Turin in Genua abwartete, mit der Meldung ein, daß er bevollmächtigt sei, seine Reise fortzusetzen und alsbald eintreffen werde. Die Sache, meint der Correspondent, steht also eigentlich so: „Die Turiner Regierung und die vier Großmächte sind solidarisch verpflichtet, den Status quo in Italien aufrecht zu erhalten; unternimmt die revolutionäre Partei eine Aggression gegen Rom oder Venetien und ist die Turiner Regierung aus eigener Kraft nicht im Stande, diese Aggression zu verhindern oder zu bewältigen, so haben die Großmächte dagegen activ aufzutreten.“

Das kaiserliche Cabinet hat, wie man der „Schles. Zig.“ aus Wien schreibt, aus Anlaß der neuerdings von Seiten der italienischen Actionspartei gemachten Vorbereitungen im geeigneten Wege die schon bei einer früheren Gelegenheit abgegebene Erklärung wiederholt, daß es für einen etwaigen Einfall italienischer Freischaaaren in Südtirol die sardinische Regierung verantwortlich mache und denselben als casus belli betrachten werde.

In Privat bereitete der Clerus ernstliche Conflict mit der Regierung vor, wenn es auch übertrieben ist, was der Independance aus Paris mitgeteilt wird, nämlich daß „alle Pfarrer des Königreichs Italien bei Strafe der Suspendirung a divinis von Seiten der römischen Curie gehalten sein sollen, der Adresse der Bischöfe beizutreten.“

Die Armonia meldet nun auch, Lavalette habe dem Cardinal Antonelli einen Vergleich vorgeschlagen, wodurch dem Papste eine Civilliste von 14 Millionen jährlich würde, Antonelli aber kategorisch abgelehnt. Man hat in Wien erfahren, daß von den 30 neapolitanischen Pensionen, für deren Auszahlung Victor Emanuel das Decret unterzeichnet hat, keine einzige denjenigen Schweizer = Militärs zu Gute kommt, welche im Jahre 1859 aus neapolitanischem Dienste entlassen worden sind. Es ist dies eine höchst unbillige Umgehung gemachter Versprechungen, gegen welche der Bundesrath auf Neue Protest erheben wird.

Laut Meldung aus Turin wird die Conferenz zur Regelung der Tessiner Bischofsangelegenheit nun doch noch in Kürze zusammentreten; wenigstens hat sich das Turiner Cabinet bei dem Herrn. Feretti, den einen erkrankten italienischen Commissär, einen Stellvertreter zu wählen, sobald derselbe noch länger krank bleiben sollte.

Man hat, wie aus Madrid gemeldet wird, seine Entlassung gegeben; ob sie angenommen oder abgelehnt werde, ist noch nicht bekannt. Möglich, daß die gespannten Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich ihm den Gesandtschaftsposten in Paris verleiden haben.

Die dänische Regierung hat die Abhaltung eines größeren Turnfestes in Rendsburg verboten, fördert dagegen mit Dsensation die in Flensburg vorbereitete Feier des Jahrestages der Schlacht von Istedt.

Die türkisch-serbische Streitfrage befindet sich nach einem Bericht der „Süd. Post“ aus Belgrad vom 6. d. M. noch in demselben Zustande wie vor einer Woche; dennoch wollte der Portencommissär Achmed Beyt-Effendi am 8. d. M. (nach dem „Wdr.“ schon am 7.) nach Konstantinopel zurückkehren nachdem er am 4. einen Besuch des Fürsten Michael in einem Hotel der Stadt empfangen hatte. Auch der frühere Gouverneur von Belgrad, Aschir Pascha, sollte mit ihm

reisen; nach der Ansicht der Portencommissars, welche er sich aus der Einvernehmung einer großen Zahl von Zeugen, sowie aus den Mittheilungen der Mehrzahl der fremden Konsuln gebildet hat, erscheine das Benehmen Aschir Pascha's vollkommen gerechtfertigt, so daß, wie man hört, Legation bereits zum Pascha von Philippopol ernannt sei. Ginge es um die serbische Regierung ein Memorandum verfaßt und sämmtlichen Konsuln zustellen lassen, in welchem der Beweis geführt werden soll, daß die Türken an allem Schuld seien, daß sie den Kampf am 15. Juni an allen Orten provozirt hätten und daß die Serben, statt auf denselben vorbereitet zu sein, ganz unvorbereitet davon überrascht worden.

Telegraphische Berichte aus Batavia, welche bis zum 31. Mai reichen, melden, daß das niederländische Kriegs-Dampfschiff „Katyb“ eine Seeräubers-Flotte vernichtet und dabei 92 Sklaven befreit hat; ein Seecoffier ist im Kampfe getödtet worden. Die Nachrichten aus Banjermassing lauten befriedigend, da Ruhe und Ordnung im Lande langsamer Hand sich wieder bestigen.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Ein Theil der Wiener Journalistik z. B. die „Presse“, grollt der Majorität des Abgeordnetenhauses wegen ihres Verhaltens der Concordia-Petition gegenüber; andere Blätter dagegen, z. B. „Botschafter“ und „Fremdenblatt“ stellen sich auf den Standpunkt der Ansicht, daß das Abgeordnetenhaus nicht anders handeln konnte, und tadeln den Standpunkt der Concordia, welcher den Reichsrath in diese unangenehme Situation gebracht. Das „Fremdenblatt“ spricht offen die Meinung aus, daß die Unterzeichner der Petition nicht weiter die Leitung der Concordia führen können, ohne sich dem Ausspruche des Vereines, in dessen Namen sie eigenmächtig handelten, zu unterziehen.

Wir lassen zur richtigen Würdigung dieser Angelegenheit die betreffende Rede Sr. Excellenz des Hrn. Staatsministers v. Schmerling folgen. Derselbe bezeichnet klar und bündig den einzig möglichen und richtigen principiellen Standpunkt der Regierung. Jeder rechtlich denkende wird die Festigkeit billigen, mit welcher die Regierung jedem Angriff auf die Verfassung, komme er von dieser oder jener Seite entgegentritt. Volle Freiheit der Opposition, proclamiert der Staatsminister, aber nur innerhalb der Grenze der Verfassung. Diese ist das Schilde und zu schützende Palladium. Garo à qui la touche!

Wenn Sie, meine Herren, sprach der Staatsminister, in die Geschichte der letzten Jahre unseres Reiches zurückblicken, so wird Ihnen die Thatsache entgegen treten, daß vielleicht nie, so weit die Geschichte reicht, die Gnade des Fürsten in einem solchen Maße geübt wurde, als es von Sr. Majestät, unserem jetzt regierenden Kaiser geschehen ist. Es waren die großartigsten Stürme, welche die Existenz des Reichs in Frage stellten, die zur Zeit des Regierungsantrittes Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph wütheten, und es bedurfte der ganzen Macht des Reichs und eines enormen Aufschwunges aller Patrioten, um dieser Bewegung Herr zu werden. Es gab einen Theil des Reiches, wo man sogar so weit ging, die Dynastie des Thrones verlustig zu erklären, und dem ungeachtet hat gerade der Fürst, der von seinen eigenen Unterthanen auf das Empfindlichste angegriffen wurde, im weitesten Maße Gnade geübt.

Zur Stunde besteht in Oesterreich gar keine Gefangenenanstalt, in welcher irgend wer eine Strafe für eine in den Jahren 1848 und 1849 verübten Verbrechen abzubüßen hätte. Daß also Sr. Majestät, unser jetzt regierender Kaiser nur zu reich den Born der Gnade fließen läßt, das ist, glaube ich, eine Thatsache auf die ich einfach hinweisen kann. (Lebhaftes Bravo.)

Daraus ergibt sich aber auch, daß die Regierung um so mehr ihre Pflicht erkennt, dann die Gnade Sr. Majestät nicht zu erbitten, auf sie nicht hinzuwirken, wenn nach ihrer Meinung dazu keine genügenden Bedingungen vorhanden sind. Das ist, glaube ich, im Momente gegenüber jenen Männern der Fall, die wegen Pressevergehen verurtheilt worden sind. Ich muß vor Allem bemerken, daß es eine ganz irrige Anschauung ist, zu behaupten, man habe von Seite der Regierung mit den Presseproceß die Opposition getroffen; man ist so weit gegangen, zu behaupten, daß ein ausgereicherter englischer Staatsmann die Opposition als etwas Nothwendiges im Staatsleben erkannt, und die Aeußerung gemacht hat, er würde die Opposition kaufen, wenn sie nicht bestände. Wir, meine Herren, wir



stimmen dieser Ansicht vollkommen bei; aber wenn zur Zeit Pitt's irgend wer es unternommen hätte, die Verfassung Englands zu bekämpfen, (lebhaftes Bravo, links und im Centrum) dann würde er wahrscheinlich nach der Botany-Bay gewandert sein. (Bravo, bravo.)

Wir haben daher nicht die Opposition gegen die Regierung, sondern wir haben eine Partei zu bekämpfen und wir bekämpfen sie mit aller Macht des Gesetzes (Bravo, bravo), die die Existenz der Verfassung selbst zum Gegenstand ihres Angriffes macht. Es ist daher nicht die Politik der Minister, sondern die Verfassung, die man angreift, und da ist es Pflicht der Minister, das Grundgesetz, welches das kaiserliche Wort verkündet, zur Wahrheit zu machen und zu schützen. (Lebhaftes Bravo links und im Centrum.)

Es wird uns beinahe, meine Herren, zum Vorwurf gemacht, daß wir lange zu milde gewesen seien. Es heißt, daß durch ein Jahr keine gerichtlichen Schritte gegen die Presse geschehen seien, und daß das genügt habe, die Presse in dem friedlichen Bahne zu wiegen, als ob sie von nun an gar nie mehr eine gerichtliche Verfolgung zu erdulden hätte. Man war sogar so freundlich, mich mit dem bekannten Rundschreiben als schuldig zu bezeichnen, als denjenigen, der diesen Wahnsinn herausgeschrien hatte. In meinem Rundschreiben, meine Herren, ist nur gesagt, daß von nun an die Regierung den Präventivmaßregeln gerne entsagen wolle, aber ich glaube, daß Jedermann, der einen politischen Tact besitzt, sich klar machen muß, daß gegenüber jedem Mißbrauch eines sonst auch preiswürdigen Mittels stets das Gesetz obwalten müsse. Die Presse mußte sich ja daher klar machen, wenn sie überhaupt ein politisches Verständnis besaß, daß in dem Maße, als die Regierung den Präventivmaßregeln entsagt, um so mehr der Ernst der Gesetze gegen sie Platz greifen müsse. (Bravo.)

Ich kann daher durchaus nicht zugeben, daß die Milde, die von Seite der Regierung geübt wurde, und insb. sonders der ausgesprochenen Grundsatz, daß man den Präventivmaßregeln entsage, als ein Vorwand benutzt werden könnte, um fortwährend die Verfassung anzugreifen. Ich muß es weiter als irrig bezeichnen, daß die Presse in der Lage war, in ihrer Tendenz vorzugehen, weil eine Umgestaltung der Strafgesetze im Werke gewesen ist. Meine Herren! Der Strafprozeß und die Verurteilung hat mit den vorgeschlagenen Verurteilungen gar nichts zu schaffen. Ich müßte es in einem hohen Grade beklagen, und würde es als einen Todesstoß für das Institut der Geschworenen betrachten, wenn Geschworene nicht nach dem Buchstaben der Gesetze entschieden hätten (Bravo), u. d. in dem gegenwärtigen Momente besteht noch das Gesetz, auf das allein von Seite des Richters, er sei ein gelehrter Richter, oder es sei eine Geschworenbank, zu erkennen ist. Aber eine Aenderung des materiellen Strafgesetzes gerade in der Richtung, weshalb die Presse in neuester Zeit zur Abhandlung gezogen wurde, ist weder von Seite der Regierung beantragt, noch von Seite des hohen Hauses beschlossen worden; im Gegentheil hat sich die Regierung für verpflichtet erachtet, die Verfassung ausdrücklich unter den Schutz der Gesetze zu stellen und einen darauf bezüglichen Paragraph in ihre Regierungsvorlage aufzunehmen, der, so viel mir bekannt ist, von beiden Häusern des hohen Reichsrathes angenommen worden ist. Es ist daher durchaus nicht richtig, zu behaupten, daß, wenn auch die von Seite des Reichsrathes gepflogenen Verhandlungen in Preßangelegenheiten den erwünschten Abschluß gefunden hätten, daß dann eine andere Behandlung der Presse, insofern sie die Verfassung angegriffen, Platz gegriffen hätte.

Ueber die Berechtigung der Concordia für das vorliegende Einschreiten will ich mich einer weiteren Erläuterung enthalten; der Herr Berichterstatter hat umständlich erklärt, daß nach dem Inhalte der Statuten diese Berechtigung in der That nicht vorliegt.

Daß das hohe Haus sich in eine Würdigung der Frage einlassen könne, darüber steht mir begrifflicher Weise gar kein Urtheil zu; nur auf das glaube ich wiederholt aufmerksam machen zu sollen, was von Seite des Herrn Berichterstatters angedeutet wurde, daß in der Erörterung der Frage, wie sie nun gepflogen wurde, abgesehen von der sehr harmlosen Textur, die der Abgeordnete Sistra eingebracht hat, für die Regierung Grund genug liege, auch ihrerseits einem so allgemein gestellten Antrage entgegenzutreten und dem hohen Hause zu empfehlen, daß einfach der Antrag des Ausschusses angenommen werde.

Es ist eben damit, daß die Regierung sich im Vorhinein auf diesen Standpunkt stellt, in gar keiner Weise ausgesprochen, daß die Regierung sehr gerne bereit sein werde, wenn rüchtmwürdige Fälle vorkommen, die Verurtheilten der Gnade Sr. Majestät zu empfehlen; aber der Weg, wie dies angebahnt werden soll, ist in der Strafprozeßordnung sehr klar vorgesehn (Beifall im Centrum): es ist der Beschuldigte selbst, es sind seine nächsten Angehörigen, (Rufe: Sehr wahr, sehr richtig!) die nach der Strafprozeßordnung berufen sind, die Gnade des Kaisers anzurufen. Wenn diese die Gnade in Anspruch nehmen, dann wird die Regierung und zwar nach einvernehmen der bezüglichen Strafbehörden, die berufen sind, über den einschlägigen Fall ihr Gutachten abzugeben, gewiß nicht ermangeln, den Weg der Gnade anzubahnen; wenn vielleicht in einzelnen Fälle eine zu strenge Anwendung des Gesetzes Platz gegriffen hat, oder die Familien und sonstigen Verhältnisse des Angeklagten denselben einer Gnade, einer theilweisen oder vollständigen Nachsicht der Strafe würdig erscheinen lassen, so mag man an das väterliche Herz Sr. Majestät appelliren, und ich glaube nach dem, was wir von der Huld und Gnade Sr. Majestät erleben, dürften wir mit Beruhigung seiner günstigen Entscheidung entgegensehen. (Bravo!)

Sitzung des Abgeordneten Hauses vom 10. d. (Schluß.) Gegenstand der Berathung: Das Bergwesen. Antrag des Ausschusses über die Verpachtung der

Werke Beyer, Reichraming, Kleinreifling und Hollenstein an die Stahlgewerkschaft. Der Ausschuss beantragt, da die Gewerkschaft den Pachtzins nicht zahlt und noch anderweitige Schulden beim Staat gemacht hat, das Haus möge sein Bedauern über diesen Vorgang umsomehr aussprechen, als ein hochgestellter Staatsbeamter als Geschäftsleiter dieser Werke fungirt.

Nachdem Graf Hartig und Abgeordnete Kaiser jedoch die Versicherung abgegeben, daß der betreffende Beamte schon seit zwei Jahren aus der Gewerkschaft gänzlich geschieden, wurde der Nachsatz gestrichen und der einfache Ausdruck des Bedauerns beschlossen. Die Bifferanzsätze des Ausschusses, wonach die Reineinnahmen der Werke mit 1.169,825 fl. festgestellt sind, werden genehmigt. Der Ausschuss beantragt folgende Wünsche: 1. Reorganisirung der Montan-Überleitung, Salinen-Verwaltungen und Centralleitung der Staatsforste. Hierzu stellt Skene das Amendement, es sei das Bedauern des Hauses über die Montan- und Forstverwaltung auszusprechen. Hofrath Rudernatsch und der Berichterstatter treten dem entgegen. Der Antrag Skene's wird verworfen und der des Ausschusses angenommen. Ebenso Antrag 2. Die weitere Ausdehnung und Vermehrung der Eisenraffineriewerke, dort wo der Verkauf des Roheisens möglich ist, eingestellt, dagegen in Neuberg, das für die k. k. Marine erforderliche Eisen erzeugt.

Skene stellt hier verschiedene Amendements zum Verkauf der Montanwerke, Forste u. s. w. Alle diese Anträge werden abgelehnt. Die weiteren Wünsche des Ausschusses lauten, daß 3. der Verkauf der beiden Eisenwerke Reichenau und Eisbawald, dann die kleineren Montanwerke und aller jener, welche vom Staate nachhaltig nicht betrieben werden können, veranlaßt; 4. der Capitalwerth der Montanbesitzungen unabhängig vom gegenwärtigen Ertrage ausgemittelt; 5. die Auflösung des Pachtvertrages über die Werke Beyer, Reichraming, Kleinreifling und Hollenstein und die sogleiche Einbringung der Rückstände eingeleitet; 6. die Veräußerung getroffen werde, daß bei dem Betriebe der vom Aerar gepachteten Werke kein Staatsbeamter als Geschäftsleiter fungire und endlich 7. die Ministerial-Commission in der Wojwodina chefisch aufgelöst, bis dahin der Aufwand für dieselbe auf das geringste Maß zurückgeführt und falls im Budget für das nächste Jahr noch ein Aufwand für dasselbe veranschlagt werden sollte, eine vollständige Nachweisung geliefert werde. Diese Wünsche werden angenommen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Die 3. Lesung des Erfordernisses für Capitalanlagen, die 2. Lesung, betreffend das Handelsministerium, die Petition des germanischen Museums und die Veräußerung einiger Bestandtheile des Staatseigentums.

Der Bericht in Betreff der seit dem 20. October 1860 vorgenommenen Veräußerung mehrerer Bestandtheile des Staatseigentums liegt vor. Er sagt: „Die Verkäufe aus dem Cameralfonds beschränken sich durchgehend auf vormalige, gegenwärtig entbehrlich gewordene Amtsgebäude.

Die Verkäufe aus dem Domänen-, Montan- und Salinen-Aerar, dem Caducitäts- und Eisenbahnfonds umfassen ebenfalls zum großen Theile kleine unbedeutende, durch ihre isolirte Lage, den geringeren Umfang oder die schlechte Qualität schwer zu verwaltende und daher keines oder doch nur eines unbedeutenden Ertrages fähige Objecte.

Der Finanzausschuss beantragt demnach: Das hohe Haus wolle:

a) die von der Regierung seit dem 20. October 1860 auf Grund des §. 13 des Staatsgrundgesetzes vom 26. Februar 1861 selbstständig vorgenommene oder angeordnete Veräußerung der in den beiden Verzeichnissen aufgeführten Bestandtheile des unbeweglichen Staatseigentums für durch die U. stände gerechtfertigt erkennen, und nachträglich auf Grund des §. 10 des Staatsgrundgesetzes vom 26. Februar 1861 genehmigen;

b) die Erwartung aussprechen, daß die Regierung die erforderlichen Einleitungen treffen werde, damit die unbedeutenden Objecte des Staatseigentums, welche als solche den ihrem Capitalwerthe entsprechenden Ertrag abzuwerfen nicht vermögen, und deren Erhaltung nicht durch andere national-ökonomische oder politische Rücksichten geboten ist, ebemöglichst mit Zustimmung des Reichsrathes veräußert werden können.“

Im Herrenhause bot das Budget des Staatsministeriums für Cultus und Unterricht dem Cardinal Kaiserer Seligenheit, seinen Standpunkt in der Concordats- und Unterrichtsfrage zu entwickeln. Die Commission des Herrenhauses hatte den Wunsch ausgesprochen, die kaiserliche Regierung wolle die nöthige Einleitung treffen, damit die Eigentumsverhältnisse bezüglich des des Studienfond bildenden Vermögens und der Aufrechterhaltung aller etwa darauf zustehenden Rechte, insb. sonders jene der Corporationen, Stiftungen usw. festgestellt werden. Dieser Wunsch stimmt wesentlich mit dem Antrage Herbst's, welcher von dem Abgeordneten Hause angenommen worden ist, überein. Se. Eminenz hat sich ganz auf den Standpunkt gestellt, welchen das Unterhaus und die Regierung in dieser Frage eingenommen haben. Auch für Se. Eminenz ist der im 31. Artikel des Concordats enthaltene Anspruch über das Eigentum eine theoretische Formel, welche erst durch die gesetzgebende Gewalt im Er. ate ihre rechtliche und gesetzliche Bedeutung erlangen soll. Der Cardinal sprach zum Schluß: „Uebrigens besteht der Studienfond größtentheils aus dem Vermögen der Jesuiten und aus anderen geistlichen Gütern, es ist möglich, daß auch einige weltliche Stiftungen demselben einverleibt wurden. Wiewohl also eine genauere Erhebung der Bestandtheile des Studienfondes schwerlich ein großes Ergebnis haben wird, so ist sie doch nicht ohne Nutzen und ich habe keinen Grund, dem Antrage auf eine solche Erhebung entgegen zu treten.“ Die zweite Veranlassung, seine

Ansicht über einen wichtigen Gegenstand zu äußern, gab dem Herrn Cardinal der von der Commission des Herrenhauses beantragte Wunsch, daß die a. h. Entschliessung vom 17. April 1856 über die Prüfung der Candidaten des Lehramtes immer vollständiger zur Ausführung gebracht werde. Dieser Wunsch ist der gleichartige Wunsch des Abgeordneten Hauses in abgeschwächter Form. Se. Eminenz meinte, daß, wenn auch die Verordnung über die Prüfung der Gymnasiallehrer für zweckmäßig erkannt und eben deswegen auch die Durchführung derselben für wünschenswerth erklärt wird, damit noch keineswegs gelehnet wird, daß in gegebenen Fällen eine Ausnahme von der Regel wirklich dem berechtigten Bedürfnisse entsprechend und von der Klugheit und Billigkeit geboten sei.

Aus der Sitzung des Herrenhauses vom 9. Juli haben wir folgendes in Bezug auf das Erforderniß des Kriegsministeriums nachzutragen. Wie erwähnt, wurden die Anträge der Commission sämmtlich ohne Berathung angenommen. Dieselben lauten:

Das hohe Haus wolle beschließen:

1) Das Erforderniß für das Ministerium des Krieges ist mit Einschluß der aus den Cameralclassen zu leistenden Zahlungen mit 135,000 fl. — beziehungsweise nach Abschlag des durch die eigenen Einkünfte der Militärverwaltung, und zwar sowohl in dem dem Voranschlage der Bedeckung erscheinenden 7,390,400 fl. als auch des weiteren außerordentlichen per 5,974,600 fl. bedeckten Theiles mit 121,935,000 fl.

2. für alle estensischen Truppen — unbeschadet aller Rechte und Ansprüche auf Wiedererstattung mit 941,849 fl. im Ganzen 122,876,849 fl. in den Staatsvoranschlag einzustellen.

3) Es ist ferner das Budget für die k. k. Landarmee im Frieden derart einzurichten, daß sich der regelmäßige Friedensaufwand derselben künftig auf nicht mehr als jährlich 92,000,000 fl. und — unter Voraussetzung eigener Einkünfte der Militärverwaltung von 8,000,000 fl. — der Zuschuß der Finanzen auf nicht mehr als 84,000,000 fl. beläuft, wobei jedoch vorbehalten bleibt, daß bei günstiger Gestaltung der Valutaverhältnisse eine den Rückwirkungen derselben eine dem Armeebedarf entsprechende Abminderung der obigen Summe einzutreten hat, und daß hievon gemachte Erparungen auszuweisen und auf das nächste Jahr zu übertragen seien.

Es wird nun zu den Wünschen übergegangen, welche die verstärkte Commission anempfiehlt.

Der erste lautet:

Wird der lebhafteste Wunsch ausgesprochen, es möge der Regierung ehefens gelingen, im diplomatischem Wege die italienischen Angelegenheiten, soweit sie Desherreich betreffen, derart zum definitiven Abschlusse zu bringen, daß die Nothwendigkeit einer größeren Truppenconcentration in und nächst dem lomb.-venet. Königreiche entfällt.

Feldzeugmeister Graf Thurn stellt daher den Antrag:

Es werde als dringender Wunsch ausgesprochen:

1) Daß das Kriegsministerium ohne Verzug mit Berücksichtigung der neuen Angriffsmittel ein System von successiv auszuführenden Befestigungen zum Schutze der Seelücken, zunächst der Hauptoperationen derselben und dadurch mittelbar der als Operationslinie nach Italien führenden Eisenbahn, jedoch mit derartiger Beschränkung entwerfe und damit insoweit feindlichen Angriffen widerstehe, bis zu diesem Behute nach der verschiedenen Vertheilung aufzustellende Truppen zur entscheidenden Abwehr herbeigeleitet sein können.

2) daß der dafür erforderliche Kostenaufwand im Budget für das Jahr 1863 und sofort nach Bedarf als eine zu bevorzugende Ausgabe post in das Extraordinarium des betreffenden Ministeriums aufgenommen werde.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wird der Antrag 1 des Grafen Thurn mit Majorität angenommen, hingegen bleibt der Antrag 2 in der Minorität. (Heiterkeit, Bewegung.) Nach dieser Abstimmung wird die Debatte über den Wunsch 1 fortgesetzt.

Minister Graf Rechberg: Ich bin dem Ausdruck dieses Wunsches entgegengetreten, weil ich in demselben keinen gegen die Führung des Ministeriums des Außen gerichteten Vorwurf erblickt habe; ich habe ihn vielmehr im vollkommenen Einklange gefunden mit der von der k. k. Regierung befolgten Politik, im Einklange mit den Erklärungen, die ich die Ehre hatte, im Abgeordneten Hause abzugeben und die dahin lauteten, daß die Politik der k. k. Regierung eine Politik der Vertheidigung und nicht des Angriffes sei, daß aber die kais. Regierung in dem Falle, als das österreichische Gebiet angegriffen werden sollte, auch mit zureichender Zuversicht auf die unbedingte Unterstützung der beiden Häuser des h. Reichsrathes zähle (Bravo!), daß sie ebensfalls zähle auf die Hingebung und Opferwilligkeit der ganzen Bevölkerung. (Bravo! Bravo!)

Graf Kueffstein beantragt, daß nach dieser Erklärung des Hrn. Ministers das Haus diesen Wunsch fallen lasse und als erfüllt ansehe.

Die Sitzung wird auf einige Minuten unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Graf Kueffstein, daß er seinen Antrag zurückziehe. Es kommt hierauf der Wunsch 1 zur Abstimmung, und wird derselbe mit Majorität angenommen.

Der zweite Wunsch welcher lautet:

Seien alle während der möglichst abzukürzenden Uebergangsperiode bis zur vollständigen Durchführung des Friedenssetzes auf die hiesig angesprochene Summe nöthigen Ueberschreitungen des letzteren bei den einzelnen Positionen als außerordentliches Erforderniß in der bezüglichen Vorlage anzugeben und auszuweisen, wird ohne Debatte angenommen.

Zu Wunsch 3, lautend:

„Seien die Hengstendepots und das Gestütswesen einer den gegenwärtigen Finanzverhältnissen entsprechenden gründlichen Reform zu unterziehen,“ stellt Graf

Clam-Gallas den Antrag, es solle der Wunsch folgendermaßen lauten:

„Seien in den Hengstendepots und in den Gestütswesen die den gegenwärtigen Finanzverhältnissen angemessenen und bereits eingeleiteten größtmöglichen Erparungen der Staatsubventionen durchzuführen.“

Berichterstatter Feldmarschall Hef erklärt sich mit dem Antrage des Grafen Clam vollständig einverstanden. Derselbe wird darauf von der Majorität angenommen.

Wunsch 4, welcher lautet:

„Sei es wünschenswerth, daß die von der Regierung bereits angebahnte Revision der Gehühren und Ernüsse der Armee baldigst durchgeführt werde,“ wird ohne Debatte angenommen.

Zu Wunsch 5, lautend:

„Sei es wünschenswerth, daß künftig die Bezüge von Offizieren in Disponibilität oder von Pensionisten des Armeestandes — insofern nicht die Heimatsverhältnisse eine Ausnahme von der allgemeinen Regel als billig erscheinen lassen — nur in österreichischer Reichswährung, ohne Agiovergütung, verabsolgt werden.“ bemerkt Berichterstatter Feldmarschall Hef:

Der Finanzausschuss wurde zur beantragten Aenderung dieses Artikels, wie er von Seite des Abgeordneten Hauses zu uns kam, bezogen, weil es der Billigkeit angemessen ist, und wenn die verehrten Herren des Abgeordneten Hauses die Verhältnisse der Offiziere in allen Beziehungen so genau kennen würden, als wir Militärsmitglieder des Herrenhauses sie kennen, so würden sie selbst in diese billigen Ansichten eingegangen sein. Wunsch 5 wird hierauf angenommen.

Ebenso wird Wunsch 6, lautend:

„Da eine Verminderung des Kostenaufwandes für Militärpersonen als sehr wünschenswerth erscheint, möge die Regierung alle hierzu erforderlichen Maßregeln anordnen und für die Durchführung derselben wirksame Vorkehrungen treffen,“ ohne Debatte angenommen.

Der vom Abgeordneten Hause geäußerte, von der Commission nicht adoptirte Wunsch nach einem neuen Avancementgesetze gibt auf Anregung des Grafen Clam-Gallas zu einer Discussion Anlaß, in welcher das Haus wiederholt sein volles Vertrauen in die Armee und deren Leiter ausspricht.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Juli. Se. k. l. Apostolische Majestät geruhen im Laufe des heutigen Vormittags zahlreiche Privataudienzen zu ertheilen.

Aus Anlaß der eingelangten erfreulichen Berichte über das Wohlbefinden Ihrer Maj. der Kaiserin wurde gestern in mehreren hiesigen Pfarrkirchen Dankgottesdienste abgehalten.

Ein Theil des Gefolges, welches Ihre Majestät die Kaiserin auf ihren Reisen begleitetete, ist heute hier eingetroffen.

Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben zur inneren Einrichtung des mit dem Ursulinerinnen-Convente zu Klagenfurt verbundenen Waisen-Institut, dann zur Restaurirung der St. Pauls-Kirche zu Eppan in Tirol je 100 fl., ferner dem Unterstüßungs- und Pensionvereine für Unterlehrer in Wien und dem Marien-Vereine zur Heranbildung guter Hausmägde in Wien je 50 fl. gnädigst gespendet.

Der Hr. Graf von Meran, welcher gestern von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen wurde, wird seinen Aufenthalt in Graz im Palais nehmen, welches früher sein Vater Erzherzog Johann bewohnte.

Der ungarische Hofkanzler Graf v. Forgach hatte am Mittwoch Mittags eine zweite längere Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Der ungarische Vicekanzler Hr. v. Karolyi wird mit 2- bis 3wöchentlichem Urlaub nach Ungarn reisen.

Nebst der japanesischen Gesandtschaft wird auch eine persische Gesandtschaft hier erwartet. Dieselbe besteht aus dem persischen Gesandten in Paris, Hassan Ali Khan, dem Sohne des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und zahlreichem Gefolge.

## Deutschland.

Aus Berlin, 10. Juli wird telegraphisch gemeldet. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten genehmigte dasselbe die Stats für die Verwaltung der directen und indirecten Steuern, sowie das Salzmonopol für 1862 und 1863. Das Beitragsstempelgesetz wurde unverändert angenommen. Reichenspergers Antrag wegen Vorlegung einer Uebersicht der Gemeindeabgaben wurde von Bodum-Dolffs wieder aufgenommen und angenommen. Die Regierung hatte sich damit einverstanden erklärt. Die neueste Berliner Allgemeine Zeitung spricht von Unterhandlungen v. d. Seydlitz mit Mitgliedern des linken Centrums; die Zeitschrift Correspondenz nennt speciell Herrn v. Binde. Die neueste „Bank- und Handels-Zeitung“ will von Concessionen des Ministeriums wissen, wenn die Hauptposten des Militär-Budgets angenommen werden.

Das preussische Herrenhaus hat die Militär-Conventionen, welche Preußen mit den Regierungen von Altenburg, Coburg-Gotha und Waldeck abgeschlossen hat, einstimmig genehmigt.

Vom Criminalsenat des Posener Appellationsgerichtes wurden dieser Tage die Pröbste Bogusiewicz und Trepiński wegen Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungsrecht je zu 5 Thln. Geldstrafe verurtheilt. Die Uebertretung bestand darin, daß die genannten Pröbste ohne polizeiliche Erlaubniß Processionen veranstaltet hatten, die nicht „herkömmlich“ waren.

Am 7. d. Nachmittags ist auch der Graf v. Trani in München eingetroffen; er wird mit seiner Gemalin längere Zeit in Poffenhofen verweilen und dann überhaupt seinen beständigen Aufenthalt in Baiern nehmen.







N. 11569. Edykt. (3942. 1-3)

C. k. Sąd krajowy zawiadamia niniejszym edyktem p. Kryspina Borzęckiego z miejsca pobytu niewiadomego, że przeciw niemu i współspadkobiercom po Mateuszu Borzęckim, pani Salomea z Borzęckich Czesnikiewiczowa jako spadkobierczyni po Tomaszu Borzęckim i prawona bywozyni Wojciecha Borzęckiego w dniu 14 lutego 1859 l. 1976 pozew o zapłacenie 300 złp. czyli 75 zł. z przynal. wniosła, w skutek czego po poprzednim uzupełnieniu tegoż pozwu termin do sumarycznego postępowania na dzień 3 września 1861 wyznaczony został, a który po wniesieniu obrony przez na pierwszym miejscu pozwanego Joachima Borzęckiego w dniu 26 listopada 1861 do wniesienia współobrony i dalszego postępowania na dzień 30 września 1862 o godzinie 10ej zrana odroczonej został.

Zarazem do zastępowania go ustanawia się kuratora w osobie tutejszego adwokata p. Dra Machalskiego z zastępstwem adwokata p. Dra Kańskiego, któremu rezolucje z dnia 29 lipca 1861 l. 13229 i następnie się doręcza.

Pana Kryspina Borzęckiego wzywa się, aby sobie z innymi pozwanymi wspólnego pełnomocnika wybrał i tegoż przed powyższym terminem wymieniał, w przeciwnym bowiem razie dalsze rezolucje w tej sprawie do rąk odpowiadającego p. Joachima Borzęckiego doręczane będą.

Kraków, dnia 24 czerwca 1862.

L. 6859. Edykt. (3940. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Maryę z Limanickich Steinkellerową opiekunkę nieletniego Henryka Steinkellera z miejsca pobytu swego niewiadomego, że Karol Grube przeciw Piotrowi Józefowi Steinkellerowi i Henrykowi Steinkellerowi wniosł pozew, na dniu 19 stycznia 1856 Nr. 1028 o zapłacenie sum 400 tal, 100 złr., 80 złr. etc.

Gdy miejsce pobytu p. Maryi Steinkellerowej opiekunki nieletniego pozwanego jest niewiadome przeto c. k. Sąd krajowy w celu doręczenia pozwu i rezolucji z dnia 31 grudnia 1857 Nr. 12868 i zastępowania nieobecnej, na koszt i niebezpieczeństwo także tutejszego adwokata p. Dra Zyblikiewicza kuratorem nieobecnej ustanowił, z którym spór wytoczony według ustaw y postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwaną aby w terminie 5 sierpnia 1862 o g. 10 zrana albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niej zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrała i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniosła w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebania skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Kraków, dnia 3 czerwca 1862.

N. 2780. Kundmachung. (3956. 2-3)

Bei dem hiesigen k. k. Salinen-Materialamt befinden sich 4 Stück Decimallwagen je von 18 Ztr. Tragkraft und 3 Stück bereit Wagen je von 40 Ztr. Tragkraft, welche noch in keiner Verwendung waren daher im vollkommen brauchbaren Stande sich befinden.

Da das Salinen-Aerar sich bestimmt findet, selbe an den Bestbietenden los zuschlagen, so werden Kaufstehhaber aufgefordert, ihre bezüglichen Offerte worin der anzubietende Preis pr. Stück der einen oder der anderen Gattung deutlich angeführt und demselben das entsprechende 10% Badium bar oder in annehmbaren Wertpapieren beigelegt sein muß, bis längstens 31. Juli d. J. 12 Uhr Mittags bei dem k. k. Directions-Kanzlei-Berweiser zu überreichen.

Die Besichtigung dieser Wagen ist jederzeit zulässig und haben sich die Partheien deshalb an das k. k. Salinen-Materialamt zu wenden.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction. Wieliczka, am 1. Juli 1862.

N. 474. Concurs-Kundmachung. (3919. 2-3)

Zur provisorischen Besetzung der bei dem k. k. Bezirksamte zu Milówka, Wadowicer Kreises, in Erledigung gekommenen mit dem Gehalte von jährlichen Dreihundert sechzig sieben Gulden 50 kr. 6 W. verbundenen Bezirksassistentenstelle wird hiemit der Concurs bis letzten Juli 1862 ausgeschrieben.

Bewerber um die Verleihung dieser Stelle haben demnach ihre Competenzgesuche unter Vorbringung der Nachweise über das Alter, Stand, geoffenen Schulunterricht und bisherige Verwendung bis dahin, in sofern dieselben in öffentlichen Diensten sich befinden, mittelst der ihnen unmittelbar vorgelegten Behörde, sonst aber mittelst des betreffenden k. k. Bezirksamtes ihres derzeitigen Wohnortes an das k. k. Bezirksamte zu Milówka zu überreichen.

Hiebei wird noch bemerkt, daß bei Verleihung dieser Dienststelle vorzüglich auf disponible Beamte Rücksicht genommen werden wird.

Von der k. k. Kreisbehörde. Wadowice, am 5. Juli 1862.

Kundmachung.

(3930. 3)

Die kais. königl. priv. galizische



CARL LUDWIG-BAHN

beabsichtigt

die Uhrmacher- Arbeiten

für die Strecke Krakau-Rzeszów sammt Flügelbahnen und für die Strecke Rzeszów-Lemberg

an zwei Uhrmacher, deren einer in Krakau, der andere aber in Lemberg wohnhaft sein muß, im Offertwege gegen eine jährliche Pauschal-Summe zu überlassen.

Die Bedingungen zur Uebernahme dieser Arbeit können bei der Betriebsleitung in Krakau und bei unserer Inspections-Kanzlei in Lemberg eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit eingeladen, ihre dießbezüglichen Offerte bis längstens 15. August l. J.

an die Betriebsleitung in Krakau einzufenden.

Dem Offerte ist eine Caution von 200 fl. o. W. im Baren oder Werthpapiere beizuschließen, und muß nebstbei ausdrücklich bemerkt werden, daß die Vertragsbedingungen gelesen und gefertigt wurden.

Endlich ist die offerirte Pauschalsumme in Worten und Ziffern deutlich auszudrücken.

Krakau, am 2. Juli 1862.

Die Betriebsleitung der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

WYCIĄG Z RACHUNKÓW Towarzystwa wzajemnych ubezpieczeń od ognia W KRAKOWIE, (3931. 1-3)

za czas od 1 maja 1861 r. do dnia 30 kwietnia 1862 r.

Fundusz asekuracyjny na rok 1861.

Table with 4 columns: Description, zlr., c., zlr., c. It details the financial operations of the mutual fire insurance company, including income from administration, capital, and various expenses like salaries and insurance premiums.

Fundusz rezerwowy.

Table with 4 columns: Description, zlr., c., zlr., c. It shows the breakdown of the reserve fund, including 10% of annual premiums and other contributions.

Stosownie do rozdziału XI, statutu zebrano:

Table with 4 columns: Description, zlr., c., zlr., c. It lists the distribution of the reserve fund according to the statute, including 10% of annual premiums and other contributions.

II. Wadzleki, Dyr. I.

WI. Biesiadecki, Dyr. II.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Date, Barom. Höhe, Temperatur, Specific Gravity, Direction and Force of Wind, State of Atmosphere, Appearance in Air, and Change in Barometer. It provides daily weather observations for July 1862.

Kundmachung. (3913. 2-3)

Zur Wiederbesetzung der in Erledigung gekommenen Stelle der Instituts-Hebamme bei der Aerial-Gebär-Anstalt des Lemberger allgemeinen Krankenhauses mit welcher der Gehalt jährlicher 210 fl. 6. W. nebst einer beheizten Naturalwohnung und den Bezug von 36 Pfd. Unschlitzgerzen verbunden ist, wird der Concurs bis 15. August d. J. ausgeschrieben.

Bewerberinnen um diese Stelle haben ihre Gesuche belegt mit dem Diplome, dem Lauffchein, der Nachweisung ihrer Moralität, bisherigen Dienstleistung, dann Kenntniß des Lesens und Schreibens, wie auch der Landesprachen unmittelbar oder im Wege ihrer vorgelegten Behörden bei der Direction des allgemeinen Krankenhauses in Lemberg einzubringen.

Von der k. k. galizischen Statthalterei. Lemberg, am 21. Juni 1862.

Wiener - Börse - Bericht

vom 10. Juli. Öffentliche Schuld.

Table with 3 columns: Description, Gold, Silber. It lists various public debt securities and their market prices in gold and silver.

Actien (pr. St.)

Table with 3 columns: Description, Gold, Silber. It lists various stocks and their market prices.

Wandertiere

Table with 3 columns: Description, Gold, Silber. It lists various travel-related securities and their market prices.

Werte

Table with 3 columns: Description, Gold, Silber. It lists various values and their market prices.

Cours der Geldsorten.

Table with 3 columns: Description, Gold, Silber. It lists the exchange rates for various currencies.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 1. Mai 1861 angefangen bis auf Weiteres.

Table with 3 columns: Description, Time, Location. It provides the departure and arrival schedules for various railway lines.

Ankunft:

Table with 3 columns: Description, Time, Location. It provides the arrival schedules for various railway lines.

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.